

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 5a Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 79 A

BERLIN • Dienstag den 5 April 1932

1. JAHRGANG

Der Anspruch auf Führung. Zum Parteitag der SAP.

Von Minna Specht.

„Wir waren vielleicht gar zu bescheiden“, sagte ROSENFELD in seinen Schlußworten zum Parteitag der SAP, „als wir immer nur von einer Prinzipienklärung sprachen; denn die Prinzipienklärung ist ja schon fast ein Programm“.

Und SEYDEWITZ erklärte nach der Abstimmung über diese Prinzipien, die für den Vorschlag des Parteivorstandes eine übergroße Mehrheit brachte, daß sie bei den künftigen Aktionen „die Richt- und Marschlinie der Partei“ bestimmen würden.

Damit ist klar, daß diese Erklärungen das Kernstück des Parteitagess waren, weit wichtiger jedenfalls, als etwa der Bericht über das Parteistatut und als das Schauspiel der vielfachen Meinungen, die über vielfache Gegenstände in diesen Tagen geäußert wurden. Diese Meinungen sind alle am Ende durch Abstimmungen zur Ruhe gebettet worden, wenigstens zur einstweiligen Ruhe. Es ist nicht zu einer Spaltung der „Spalter“ gekommen, wie die absichtlich oberflächliche Berichterstattung des „Vorwärts“ behauptet. ANNA SIEMSEN hat nur für eine kleine Gruppe (27 Genossen) die Erklärung abgegeben, daß sie den Kampf um das endgültige Programm auf der Basis der eigenen Richtlinien führen werde, — was mit einem Ausscheiden aus der Partei gewiß nicht gleichzusetzen ist.

Die Partei hat also einstweilen ihre Basis. Sie hat die scharfe Trennungslinie gegen die SPD gezogen durch eine radikale Verurteilung aller reformistischen Tendenzen. Die Abgrenzung gegen die KPD und die Komintern sieht sie in der Wiederherstellung der Parteidemokratie. Die Preisgabe des Kampfes um die kommunistische Partei nach Meinung der SAP umringelt gemacht. Die Arbeiterschaft zu führen. Die revolutionäre Situation unserer Tage bedürfe aber der Führung; diese Rolle wird die SAP übernehmen. (Punkt 21 der Erklärungen.)

Die selbständige Bedeutung der neuen Partei gipfelt damit in dem Anspruch, die Einheitsfront des Proletariats durch Sammlung aller Arbeiter vom sozialdemokratischen Lager bis hinüber zu den Kommunisten herzustellen und dabei selber die Avantgarde der so gesammelten revolutionären Kadern zu bilden. Nicht mehr und nicht minder ist ihr Vorhaben. — Keineswegs nur eine Reform der KP, die nach getaner Arbeit die Einordnung in die KP vorsieht, keine bloß pazifistische Vorarbeit zur Verhinderung imperialistischer Kriege, oder welche Teilaufgaben man sich sonst denken könnte — nein, die unmittelbare strategische und taktische Führung in dem bevorstehenden revolutionären Endkampf des Proletariats.

Die Größe dieser Aufgabe gab dem Parteitag in den Augenblicken, wo sie ans Licht trat, seine Kraft.

Die Aufgabe selber liegt nahe; die äußeren Umstände drängen sie der Arbeiterschaft auf, und dieser äußere Druck hat in den Herzen aller Sozialisten längst den Ruf nach der einheitlichen, zielbewußten Aktion geweckt, die mit dem herrschenden System ein Ende macht. Jeder Vorstoß, der diese Hoffnung belebt, wird von Millionen beantwortet, bis zur Kritiklosigkeit beantwortet (wie es die Gefolgschaft hinter der Hindenburgparole der SPD beweist), jede Ergebnislosigkeit freilich auch mit der geschwächten Widerstandskraft des Proletariats bezahlt. Die SAP hat auf ihrem Parteitag gezeigt, daß sie die richtige Einschätzung für die Aktualität dieser Aufgabe besitzt.

Hat sie auch bewiesen, daß sie bei der Tragweite des Problems eine selbständige und bessere Lösung in Aussicht stellt als die beiden großen Arbeiterparteien, aus deren Lager die meisten ihrer Mitkämpfer stammen?

Grundsätzlich führen hier zwei Erwägungen weiter: Wer den Kampf gegen einen organisierten Gegner wie das kapitalistische System führen will und die Massen auf der eigenen Front erst sammeln muß, braucht:

1. ein Programm, das auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Maßnahmen nennt, die eine bessere Ordnung einleiten sollen,
2. ein Organisationsprinzip, das die Durchführung jenes Programms gewährleistet.

Ein Programm, das diesen Namen verdient, liegt bei der SAP nicht vor. Die Schritte, die angegeben worden sind, sind viel zu unbestimmt, als daß sie auf dem Boden der Wirklichkeit zu einem sicheren Vorwärtsschreiten führen könnten. Am katastrophalsten wirkt hier das Versagen auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Die SAP bietet der Arbeiterschaft ihre Führung in einem Augenblick an, in dem diese den ganzen Druck der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu ertragen hat, und damit rechnen muß bei einem weiter ausgebauten faschistischen Regiment einem noch härteren Druck ausgesetzt zu werden. Die „SAZ“ schreibt am 1. April, daß es „eine selbstmörderische Illusion wäre, zu glauben, daß der Faschismus sich nach Uebernahme der Macht schnell abwirtschaften wird und so den Sieg der sozialen Revolution beschleunigen“ (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Bürgerkrieg in China?

Japan „durchdringt“ die Mandschurei / Moskau in Sorge.

Die mandschurische Bevölkerung hat einen erbitterten Kampf gegen die ihr aufgezwungene Regierung PUJI aufgenommen. Die Kämpfe um die Stadt Nungan haben zu einer Niederlage der Aufständischen geführt, die nach stundenlangem Luftbombardement von seiten der Japaner langsam zum Rückzug gezwungen wurden. An der Grenze von Korea, wo chinesisches, japanisches und russisches Gebiet zusammenstoßen, haben sich gleichfalls Truppen zusammengetan, die die Niederwerfung des mandschurischen Freistaates unterstützen. Auch in Charbin ist der Freiheitskampf heftiger ausgebrochen.

Die Regierung PUJI, viel zu ohnmächtig, dieser Bewegung Herr zu werden, hat Japan um Hilfe gebeten. Nichts konnte Japan mehr liegen als dieser Hilferuf, von dem man nicht einmal weiß, ob die ganzen Zustände in der Mandschurei nicht von Tokio aus gegängelt werden, um den Japanern das Regiment in der Mandschurei völlig einzuräumen. Auf dem Wege dazu sind folgende Schritte bereits eingeleitet:

1. Die japanische Regierung hat die Durchführung weiterer Truppentransporte nach Norden angeordnet.
2. Sie hat bei der ablehnenden Haltung des Verwaltungsrats der chinesischen Ostbahn gegenüber japanischen Truppentransporten in Moskau die Forderung erhoben, von seiten der Sowjetregierung keine Schwierigkeiten zu machen.
3. Hunderte von Polizisten, die die chinesische Sprache beherrschen, sind aus Tokio eingetroffen, um den Polizeidienst zu organisieren. Weitere Hunderte werden erwartet, um Beamtenstellungen in der Regierung zu übernehmen.
4. Die Regierung PUJI hat bereits angeordnet, daß das gesamte Postwesen in der Mandschurei einem japanischen Kommissar unterstellt wird, der zugleich zum Leiter des Zollwesens ernannt worden ist.
5. Das japanische Ministerium hat der Regierung PUJI eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Yen (rund 28 Millionen Mark) genehmigt.

Die Lage wird in Moskau mit schwerer Sorge verfolgt. Die Angelegenheiten der Ostbahn bedrohen die Machtstellung der Russen in der Mandschurei in einer Weise, daß man der Aussprache zwischen Litwinow und dem japanischen Botschafter in Moskau, die in den nächsten Tagen stattfindet, mit ernster Aufmerksamkeit entgegensehen muß.

Sehr alarmierende Meldungen treffen aus Schanghai ein. Die Verhandlungen zwischen Japan und China bleiben freilich auf demselben Fleck stehen, nur daß die Japaner diesen Zustand für hoffnungsvoll, die Chinesen ihn mit dem größten Mißtrauen betrachten.

Aber aus dem Gebiet westlich von Schanghai wird heftiges Artilleriefeuer gemeldet. Anfangs konnten sich militärische Sachverständige die Herkunft des Feuers nicht erklären. Jetzt wird gemeldet, daß es die 19. Armee ist, in der bekanntlich die Kantonesen die Führung haben, die schon lange im Widerstand gegen die verräterischen Machenschaften der Generale vom Schlage TSIANG KAI-SCHERS standen, die nun den offenen Kampf gegen die Divisionen TSIANG KAI-SCHERS eröffnet hat. Die 19. Armee sieht in den Verhandlungen der chinesischen Bevollmächtigten mit den Japanern den Anfang eines Zusammenschlusses, dessen Front sich gegen die Massenbewegung richtet, die von der Kuomintangbewegung abgerückt ist und die Befreiung der chinesischen Arbeiter und Bauern auf revolutionärem Wege unternimmt.

Sollte es sich bei der Aktion der 19. Armee um die Anwendung der LENINSCHEN Parole: „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ handeln, so ist die Stunde für den Ausbruch offener Feindseligkeiten offenbar so ungünstlich wie möglich gewählt.

Das Gesicht der NS.

„Köpfe werden rollen.“ — Prinzen, Generäle, Generaldirektoren und Pfaffen.

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt FRANK II, der von GROENER zu vertraulichen Besprechungen empfangen wird, hat, wie er selber der Telegraphen-Union bestätigt, am Freitag in einer Gerichtsverhandlung in München folgende Äußerung getan:

„ADOLF HITLER hat bekanntlich aus Anlaß des Reichswehrprozesses in Leipzig als Zeuge unter Eid erklärt, daß nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ein legaler Staatsgerichtshof zusammentreten werde, und

daß dann voraussichtlich auch Köpfe in den Sand rollen würden. An der Tatsache dieser Äußerung kann und will ich, Rechtsanwalt FRANK II, nichts ändern. Ich kann die marxistischen Gegner in ihrer Furcht vor ADOLF HITLER nicht beruhigen. Der Standpunkt HITLERS ist heute genau derselbe wie früher. Er wird legal zur Macht kommen und diese legalisierte Macht rücksichtslos im Dienste des Deutschtums zur Anwendung bringen.“

Unter denjenigen, die dies wünschen und deswegen zur Wahl HITLERS im zweiten Wahlgang auffordern, sind außer dem früheren Kronprinzen 48 Reaktionäre, die noch nicht der „Arbeiterpartei“ HITLERS angehören, aber einen Aufruf für ihren Chef erlassen haben. Unter diesen 48 Sympathisierenden einer „Arbeiterpartei“ sind: 17 Adlige, 6 Generäle oder Admirale, 9 andere Offiziere, 7 Fabrikanten oder Direktoren aus der Industrie und — ein katholischer Pfarrer, und je ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher und der Katholischen Vereinigung für nationale Politik.

„Von Kommunisten überfallen“.

Nationalsozialistische Verlogenheit.

Wie das Berliner Polizeipräsidium mitteilt, hat es sich herausgestellt, daß der Angehörige der NSDAP, PAUL RENGERT, der angeblich kürzlich von Kommunisten an der Potsdamer Brücke in den Landwehrkanal geworfen worden sein will, diesen Ueberfall erdichtet hat. RENGERT ist in betrunkenem Zustande die Böschung heruntergegangen, um sich zu übergeben, und ist dabei ins Wasser gestürzt.

Der Gipfel der nationalsozialistischen Verlogenheit wird nicht von den trunkenen Pgs, sondern von der Reichsleitung

der NSDAP erklommen, die großspurig mitteilt, sie habe während des Präsidentenwahlkampfes eine „Lügenabwehrstelle“ in Berlin eingerichtet. Die überläßt, wie der Fall (!) des Pg. RENGERT zeigt, die Abwehr der Lügen von Pgs dem Polizeipräsidenten.

Die „Legalen“.

NS bereiteten Machtergreifung in Bayern vor.

Amtliche Mitteilungen.

w München, 3. April.

Die Amtliche Bayerische Pressestelle berichtet: „Auch in Bayern sollte mit dem Tage der Reichspräsidentenwahl, mit dem 13. März, das Dritte Reich seinen Anfang nehmen; HITLER müßte siegen. HITLER müßte um die Mitternacht des 13. März auch in Bayern die Macht im Staat ergreifen. Das war der felsenfeste Glaube in den Massen der HITLER-Anhänger und bei ihren Führern.“ Aus einer ganzen Reihe von Aemtern sei gemeldet worden, daß die Besetzung des Bezirksamts und anderer wichtiger Aemter von den Nationalsozialisten geplant gewesen sei. Die Besetzung aller wichtigen Posten mit Nationalsozialisten sei bis ins kleinste vorbereitet gewesen. Auch die maßgebenden Stellen bei Post und Eisenbahn seien bereits mit Anwärtern versorgt gewesen.

Diese Behauptungen werden von der amtlichen Pressestelle mit Beispielen belegt.

SA- und SS-Büros in Berlin polizeilich geschlossen.

Wahrscheinliche Anklage wegen Landes- und Hochverrat.

Berlin, 4. April.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Berliner Büros der SA und SS sind soeben polizeilich geschlossen worden.

Die Haussuchung, die vor kurzem bei den NS in Preußen stattfand, hat belastendes Material gegen sie in bezug auf Landes- und Hochverrat ergeben. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt übergeben worden.

würde". Was will die SAP tun, um die materielle Existenz der Massen, die sich ihrer Führung anvertrauen sollen, während der Krise zu sichern? Noch mehr: Wie denkt sie, die Krise zu beheben? Wer die Führung des Proletariats beansprucht, muß auf solche Fragen eine Antwort haben, sonst werden die Arbeiter zu denen hinüberlaufen, die wenigstens ein Programm bieten, selbst wenn dieses, wirtschaftlich gesehen, blühenden Unsinn darstellt.

Diesen Einwänden stellt die SAP offensichtlich eine andere Erwägung entgegen, trotz der am 1. April geäußerten Warnungen. Sie behauptet, die Analyse der Lage habe ihr eine politisch so verfahrenere und gefährliche Situation gezeigt, daß nur noch die Eroberung der Macht, die Zertrümmerung des Staatsapparates, zur Debatte stehe. Andere Überlegungen haben hinter dieser zentralen Aufgabe zurückzustehen; sie werden gelöst werden im Schutz der eroberten Macht.

Lassen wir es dahingestellt, ob die Lage in Deutschland für einen solchen strategischen Plan auch nur annähernd die Chancen bietet wie etwa die russische Lage vor der Oktoberrevolution, sehen wir auch davon ab, daß Lenin die Soldatenmassen durch eine wirtschaftlich greifbare Zusicherung, die Aufteilung des Grund und Bodens hinter sich brachte, und nicht nur durch die Parole: auf zur Eroberung der Macht, fragen wir vielmehr allein nach den organisatorischen Mitteln, mit denen die SAP den Umsturz bewerkstelligen will. Mit welchen Vorschlägen tritt sie auf den Plan für den Fall, daß die SPD- und KPD-Arbeiter die eigenen Führer verlassen und unter die Fahne der SAP treten? Die Partei antwortet hierauf: mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Dieser Zentralismus „besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen, in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen, in der Initiative und Verantwortung der Führung sowie in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und die unteren Organisationen ausübt“ (Punkt 20 der Prinzipien-erklärung.)

Wer diese Erklärungen in der nüchternen Atmosphäre nachträglich kritischer Besinnung liest, fern von der Bereitschaftsstimmung, wie sie auf Parteitagungen erscheint, wird die Worte von der Einheitlichkeit der Auffassungen, von der disziplinierten Durchführung aller Aktionen als schmückendes Beiwerk streichen. Denn die Frage, die zur Diskussion steht, ist nicht die nach dem Zustand der in der Organisation herrschen soll, sondern die nach den organisatorischen Mitteln, durch die die notwendige Einheitlichkeit und Disziplin hergestellt wird, besser hergestellt als in der SP und der KP. Und dafür gibt uns bestenfalls der zweite Teil der Erklärungen einen Anhaltspunkt. Bestenfalls! Denn in eine unvollständige Sprache übersetzt, lautet er: die Funktionäre leiten die Partei und werden andererseits geleitet (kontrolliert und beeinflusst) von allen, die nicht Funktionäre sind — kurz alle führen und führen nicht.

Gewiß, der Partei schwebt etwas anderes vor — aber damit ist niemandem geholfen. Die furchtbaren Leiden, die das demokratische System mit seiner grundsätzlichen Hilflosigkeit über das Parteiwesen und alle Organisationen gebracht hat, die nach diesem System geleitet werden, lassen sich nicht aus der Welt schaffen, wenn die Schwächen dieses Organisationsprinzips nicht rücksichtslos aufgedeckt werden. Die SAP hat den Ausweg des „demokratischen Zentralismus“ gewählt im Gegensatz zur KP, die keine Auseinandersetzungen duldet (wenn sie auch die Worte „demokratischer Zentralismus“ in ihren Parolenschatz aufgenommen hat), sondern nur das resolute Einschwenken hinter die Losungen THÄLMANNs, und sicherlich auch im Gegensatz zu den Methoden (wenn auch nicht Worten) von WELS. Aber was ist gewonnen, wenn die Befugnisse der Funktionäre durch die Befugnisse der Mitglieder gelenkt oder gelähmt, mobilisiert oder gestört werden können? Denn wer verbürgt, daß bei diesem gegenseitigen Sichbeeinflussen die Wahrheit überhaupt ans Licht tritt? Vielleicht wird sie nur vollends verdunkelt.

Der Optimismus, daß beim Zusammenwirken aller etwas Erträgliches herauskommt, hat zum mindesten keine besseren Chancen als der Pessimismus, daß durch die Möglichkeit des Abschiebens der Verantwortung niemand sich verantwortlich fühlt. Das alles ist durch die Kritik an der Demokratie in

aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck längst auseinandergesetzt worden. Aber ein neues Wort: „demokratischer Zentralismus“ — und das brüchige Prinzip ist rehabilitiert und treibt sein verhängnisvolles Wesen weiter. Wohin wird die SAP bei der Anwendung dieses widerspruchsvollen Prinzips gelangen? Entweder zur Diktatur der kämpfenden Bewegung, die nicht einmal Zeit hat, alle die, die etwas können, mitreden zu lassen (dann steuert sie im Fahrwasser der KP), — oder zum Reformismus der abwartenden Bewegung, die Zeit gewährt, bis alle zur Mitverantwortung reif sind (dann steuert sie im Fahrwasser der Tolerierungsmethode der SP). Da sie von Aktivismus erfüllt ist, wird sie sich der KP eher nähern als der SP — bis auf diejenigen, die schon jetzt entschlossen sind, einen Zentralismus ohne Demokratie nicht mitzumachen selbst bei Strafe der Selbstausschaltung aus dem parteipolitischen Kampf.

Gibt es solche Kämpfer in den Reihen der SAP und besteht eine Aussicht, daß sie das ausweglose Kontrollsystem durch eine bessere Methode der Urteilsbildung und Willensbildung ersetzen?

Die Gruppe SIEMSEN hat der Prinzipienklärung des Parteivorstandes eine eigene Erklärung entgegengestellt, die offensichtlich von der Einsicht getragen war, daß bei der unzureichenden Einigung über grundsätzliche Fragen innerhalb der Partei, ja innerhalb des Proletariats eine Führerparole wie die der SAP verantwortungslos ist. Zwar hält auch ANNA SIEMSEN die Lage für objektiv reif zur Revolution, aber dieser objektiven Reife entspricht nach ihrer Meinung keine subjektive Reife auf seiten der Massen. Wer diesen Standpunkt vertritt, dem muß das Hindrängen zur Aktion als sträflicher Leichtsinns erscheinen; er muß alles daran setzen, erst die subjektive Reife herzustellen.

Der Antrag SIEMSEN ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Der Widerstand gegen den Vorschlag, die Revolutionierung der Köpfe, an den Anfang der Parteilarbeit zu stellen, erklärt sich — soweit man als äußerer Beobachter die Dinge überhaupt verfolgen kann — aus der Sorge, aus der berechtigten Sorge, daß bei Annahme dieses Vorschlags das Debattieren und Theoretisieren in der Partei die Oberhand gewinnen, daß die praktische Partei- und Gewerkschaftsarbeit dadurch weitgehend zurückgedrängt wird, ohne daß bei jener Beschäftigung eine befreiende und anspornende Einmütigkeit herauspringt. Die Freiheit der Meinungsäußerung in Ehren, aber wenn der Zeiger auf 5 Minuten vor 12 steht, dann ist keine Zeit für Aussprachen und Erziehung — es sei denn,

Stimson fährt nur nach Genf.

In Washington, 2. April.
Staatssekretär STIMSON wird am 8. April nach Genf abreisen. Es wird betont, daß der alleinige Grund die Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen sei; er wird weder zum ostasiatischen Konflikt noch zu der Kriegsschuldenfrage Stellung nehmen. Voraussichtlich wird er nur wenige Tage in Genf bleiben und dann wahrscheinlich über Paris nach Amerika zurückkehren.

„Die Notwendigkeit raschen Handelns.“

Bericht des Völkerbund-Finanzausschusses

Genf, 1. April.
Der Bericht des Finanzausschusses an den Völkerbundsrat über seine Tagung in Paris ist jetzt veröffentlicht worden. Diese Tagung galt vor allem der Finanzlage Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands.

Der Bericht beschränkt sich auf die Feststellung von Selbstverständlichkeiten wie der, daß ein Staat seine Verpflichtungen an das Ausland nur mit Gold oder mit Waren erfüllen könne, daß die Gläubigerstaaten also, da es bei den Schuldnerstaaten an Geld fehle, deren Waren hereinlassen müßten, wenn ihre Forderungen bezahlt werden sollten, und das rasche Handeln notwendig sei.

Endlich befaßt sich der Ausschuß mit der Frage, wie sich eine Regierung verhalten soll, wenn sie mangels genügender Devisen nicht mehr in der Lage ist, ihre sämtlichen Verpflichtungen dem Ausland gegenüber zu erfüllen. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß bei einem solchen verantwortungs-

die Vertreter dieses Antrages nennen das wissenschaftliche Rüstzeug, mit dessen Hilfe sie die politische Schulungsarbeit in die Wege leiten wollen

Die Angabe dieses Rüstzeuges fehlt. Es genügt nicht der an sich richtige Gedanke, daß Einmütigkeit besser wäre als Uneinigkeit und passives Zustimmung, man muß den schwierigen Weg wissenschaftlicher Urteilsbildung erprobt haben und ihn angeben; man muß dem Skeptizismus entgegengetreten, daß Parteibeschlüsse in Ermangelung wissenschaftlicher Regeln, die das Nachdenken leiten, durch Handaufheben, das dem unbestimmten Hin und Her ein Ende bereitet, gebildet werden müßten. Man muß in der eigenen Erwägung den Wahrheitsanspruch erkennen und vertreten, einen Anspruch, der von allen Mehrheitsentscheidungen unabhängig ist. Andernfalls wird es geschehen, daß Vorschläge, wie etwa der politische Entscheidungen zu verschieben, bis die Mehrheit zu einem besonnenen Urteil gekommen ist, einfach durch Mehrheitsentscheidungen erledigt werden. Wer wird alte Methoden aufgeben, wenn ihm keine besseren gezeigt werden?

Das Satyrspiel zu diesen Halbheiten, die die Prinzipien-erklärungen auf dem Parteitag der SAP charakterisieren, bot der Kompromißvorschlag, durch den ein offenbar Friedensseliger die Vertreter der revolutionären Aktivität und der gewissenhaften Vorbereitung unter einem Hut zu bringen versuchte, was ihm denn auch gegen vier Stimmen gelang. Er unternahm es, den Beschluß des Parteitages, die Prinzipien-erklärung des Parteivorstandes als Richt- und Marschlinie anzuerkennen, durch die Erklärung zu entgiften, daß „politische Aktionen nur aus freien Diskussionen erwachsen“, die Beschlüsse daher nur „als Grundlage geschlossenen Handelns“ gelten könnten.

Zur Ehre des Parteitages wollen wir diese Resolution zu den Ermüdungserscheinungen rechnen, die solche Tagungen gegen Ende mit sich zu bringen pflegen.

Die SAP hat eine Partei gegründet mit dem Anspruch auf Führung. Sie wirbt für ein Kartell, das den Ausgangspunkt für eine Einheitsfront des Proletariats bilden soll. Beide Aufgaben verpflichten sie, ihre bisherigen Grundlagen zu überprüfen. Nicht jeder Genosse hat Zeit, ihr diese Arbeit abzunehmen. Das Vertrauen, daß manchem Führer in der SAP entgegengebracht wird, verschärft diese Forderung der Nachprüfung. Der Kredit, den sie erhalten hat, ist sicher nicht langfristig, und wenn die Vertrauenskrise einsetzt, hat sie mit keiner Macht zu rechnen, die ihr ein Stillhalteabkommen einräumt.

folgeschweren Schritt jede Regierung selbst die Entscheidung treffen müsse, wobei sie das wohlverstandene Interesse des eigenen Landes und das gemeinsame Interesse ihrer Gläubiger zu berücksichtigen habe. Sie müsse dabei zwischen den Erfordernissen ihres nationalen Kredits und der gebieterischen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung ihres Handels und der hierfür erforderlichen Finanzbeziehungen abwägen. Hiernach sei neben gewissen Anleihen von besonderem internationalen Rang der Handelskredit und der Dienst für die kurzfristigen Schatzanweisungen in erster Linie zu berücksichtigen.

Der Bericht des Ausschusses bringt es fertig, mit vielen Worten nichts weiter zu sagen, als daß andere die Verantwortung übernehmen sollen.

Die erste Lokomotive auf heiligem Boden.

Rom, 2. April.
Durch das Eisenbahntor der Vatikanstadt ist Sonnabend die erste Lokomotive eingefahren und hat die für die Abnahme des Bahngleises vorgesehene mehrfache Probefahrt auf der 300 Meter langen Strecke zwischen dem Vatikan und dem nächsten römischen Bahnhof zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeführt. Für einen 5-Minuten-Weg hinreichend viele Umstände. Aber die Kirche hat es dazu, und man soll das Geld unter die Leute bringen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerel u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(78. Fortsetzung.)

In halbvoller Chor rasselten die Maschinengewehre. Ueber der Provence und weiter nördlich über der Alpenkette setzte die Ouvertüre des Völkermordes ein. Zweihundert, fünfhundert Meter über Dörfern und Städten, über nächtiger Landschaft schlugen die Gewitter gegeneinander. In tausend, zwitausend Meter Höhe raste der Tod. Sechstausend Meter über der Erde scholl der Mordruf. Schlacht zwischen Himmel und Erde. Fünfhundert Franzosen und Italiener kämpften Mann gegen Mann, Motor gegen Motor.

Aus glühenden Mäulern spien Maschinengewehre ihren Haß und ihr Eisen. Flugzeug um Flugzeug sauste in die Erddiefe, zerschossen, gerammt. Feuerbündel begleiteten ihren Sturz. Die geschlossenen Fronten zerrissen wie morsche Gewebe. Freund und Feind vermischten sich zu sinnlosem Gemenge. Franzosen ramnten Franzosen, Italiener überrannten Italiener. Flugzeuge, die aus großen Höhen absackten, rissen darunter kämpfende Maschinen mit sich in ihren Todesturz. Die Abwehrgeschütze der Grenzforts schluderten brüllend ihre Todesgarben zum Himmel.

Breite Lücken klapften zwischen den Fronten. In diese Lücken hinein und hindurch schossen neue Geschwader, das Schlachtfeld zu durchstoßen und ins feindliche Hinterland einzubrechen. Im Norden wurden die französischen Geschwader von überlegenen Kräften zurückgeworfen. Im Süden, über der Küste zwischen Marseille und Toulon, gelang es achtzig Italienern, eine französische Kampfgruppe zu überrennen. Dreißig Franzosen versanken binnen Minuten im Golf du Lion. Eine italienische Staffel setzte einer französischen Kriegsschlacht nach, die flüchtend aus Toulon herausgedampft war. Aus hundert Meter Höhe schleuderten die Italiener ihre Bomben auf die Kriegsschiffe. Die Bordgeschütze schossen Flugzeug um Flugzeug herunter, aber

von den siebzehn französischen Schiffseinheiten gewannen nur sieben das offene Meer; zehn Kreuzer und Schlachtpanzer verschwanden unter den Wogen des Mitteländischen Meeres.

Im Zentrum der Luftschlacht hatten die Franzosen die unbestrittene Oberhand. In einer Frontbreite von vierzig Kilometern ergossen sich hier hundertdreißig Kampfflieger nach Osten, auf der Suche nach den feindlichen Bombengeschwadern. Aber bis zu den Osthängen der Alpen stießen sie nur auf kleinere Gruppen, die vernichtet wurden. Die feindlichen Bombengeschwader waren durch Funkbefehle nach dem nördlichen und südlichen Schlachtflügel dirigiert worden, wo die Italiener sich freien Weg erkämpft hatten. In schwindelnden Höhen von sechstausend, siebentausend Metern jagten, im Norden und im Süden, sieben italienische Wellen mit fast fünfhundert Bombenflugzeugen nach Südfrankreich hinein. Richtung Toulouse, Industriebezirke von St. Etienne, Lyon, Paris.

Die französischen Invasionsgruppen hatten sich gleichfalls geschickt der Luftschlacht entzogen. Die Korsika-Gruppe hatte Kurs auf Rom-Orbetello-Pisa, feindliche Maschinen vor sich hertreibend. Die Hauptgruppe, auf Genua und die Po-Ebene angesetzt, war weit südlich übers Meer ausgebrochen. Die ihr zugeleiteten Kampfflieger hatten wiederholt feindliche Geschwader zerlegt. In zahllosen Gruppen aufgelöst, stürzte dieser Teil der Invasionsarmee dem Golf von Genua entgegen. Die Grenoble Invasionsgruppe war in die Luftschlacht mitgerissen worden; nur zwei Dutzend Bombenflieger gelang es, von fünfzig Kampffliegern geschützt, durch eine Lücke durchzubrechen und in unheimlichen Höhen die Alpen ostwärts zu überwinden.

Ueber Marseille und Toulon brannten die Scheinwerfer zum Nachthimmel. Die Kanonen waren verstummt. Schwarz lag unten das Häusermeer beider Städte. Wie aus der Hölle schrie es herauf aus der Tiefe. Die stolzen Städte hatten nicht mehr zu geben als die Schreie der letzten Lebenden. Toulon war von dreißig, Marseille von dreißig Giftgasbomben getroffen worden. Es waren Bomben, deren jede einzelne im Umkreis von zwei Kilometern das Leben von Mensch und Tier dem Tod überantwortete.

Das Paradies zwischen Mentone und dem Löwengolf war in fünfzig Minuten zum Kirchhof geworden. Wo die Stimme

von Tieren und Menschen noch die Nacht durchschlug, war es der Todesschrei einer Kreatur, die stehend die Erde entgötterter Ungeheuer verfluchte...

XXVI.

Drei Uhr nachts gleicht Paris einem ausgebrochenen Krater, einem unermesslichen Irennhaus.

Krieg! Einbruch feindlicher Fliegerheere! Giftgasgeschwader über Südfrankreich!

Die Phantasie kennt keine Grenzen mehr. Flieger werden Paris bombardieren! Gegen die neuesten Gase sind alle Masken wertlos! Plunder! Fünzig Flieger werden anstürmen! Hundert! Fünfhundert! In zwei Stunden, uoin, in zehn Minuten wird ein Heer fliegender Teufel Gift und Stahl regnen lassen!

Dreimillionenfurcht ahnt mit Gewißheit nahende Schrecken.

Dreimillionenangst fühlt den Tod, der mit Zweihundert-Kilometer-Tempo heranrast!

Drei Millionen Gehirne hämmern: Rettung!

Aus drei Millionen Herzen bricht es heraus: Flucht! Flucht!

Ordnung wird Lächerlichkeit. Gesetz hohle Phrase. Autorität des Staates berstet in jeder Fuge. Drei Millionen Kreaturen begähren zu leben! Flucht! Flucht vor dem andrängenden Untergang! Wer sich der Flucht widersetzt, ist Feind!

Boulevards werden reißende Ströme. Plätze verwandeln sich in gurgelnde Meere. Durch die Champs Elysées, die Seine-als entlang, auf Flußfahrzeugen, über Brücken, durch winklige Gassen schäumt es und wälzt es sich heraus nach Norden und Süden, nach Osten und Westen. Drei Millionen Menschen rennen davon vor der angaloppierenden Nemois. Die Wiesen weite draußen und die Felder, die dichten Wälder werden Schutz und Sicherheit bieten. Bis dorthin werden die Giftgeschwaden nicht kriechen. Dort werden keine Häuser und Kirchtürme einstürzen. Dort wird nicht die Erde aufgerissen werden zu Massengrabern...

Rasender Aufbruch einer Dreimillionenherde, der eine stählerne Armee von Marjuri auf den Fersen sitzt!

(Fortsetzung folgt.)

Korruption als Einzellerscheinung?

Von Hans Lehmann.

Nachdem die Urteile in der ersten Serie der größeren Wirtschaftsprozesse, im Favag- und im Schultheiß-Patzenhofer-Prozeß, gefällt sind, taucht sowohl für die kapitalistische als auch die sozialistische Öffentlichkeit die Frage auf, wie weit in diesen Prozessen nur über einzelne Kapitalisten oder über das kapitalistische System gerichtet worden ist.

Wir wollen gewiß nicht in den Fehler verfallen, aus jeder betrügerischen Handlung eines einzelnen Menschen gleich auf die Korruptheit eines ganzen Systems zu schließen. Wir können auch zugeben, daß, besonders im Favag-Prozeß, strafrechtliche Verfehlungen einzelner Direktoren und eine Sucht zu privater Bereicherung in Erscheinung traten, die man nicht ohne weiteres als typisch für den Kapitalismus bezeichnen kann. Immerhin scheint uns insbesondere der Schultheiß-Patzenhofer-Prozeß zu der Behauptung zu berechtigen, daß nicht nur einzelne Kapitalisten, sondern die ganze kapitalistische Wirtschaft auf der Anklagebank saßen.

„Recht oder Unrecht, ich handelte ja nicht nur für mich, sondern für die Gesellschaft, der ich vorstand. Hätte meine Handlungsweise zum Erfolg geführt, so hätte man mich nur gepriesen. Da ich aber Pech gehabt habe, so stempelt man mich zum Verbrecher. So wie ich haben letzten Endes Tausende von Wirtschaftsführern gehandelt. Für sie alle soll ich nun der Sündenbock sein.“

Das waren nicht nur die Gedankengänge, die der persönlichen Verteidigung KATZENELLENBOGENS zu Grunde lagen. Auch die Verteidigung der Angeklagten unterstützte diese Ausführung, wenn sie von einer Strafexpedition gegen KATZENELLENBOGEN sprach, die nur den Zweck habe, dem Druck der Straße zu folgen und einen Sündenbock zu schaffen. Wie sehr auch das Gericht für die Verfehlungen der Angeklagten Verständnis hatte, bewies eine Bemerkung des Gerichtsvorsitzenden im Schultheiß-Prozeß. Den Antrag eines Verteidigers, Zeugen zum Beweise zu laden, daß Bilanz-Kunststücke wie bei Schultheiß bei den deutschen Aktiengesellschaften üblich seien, fertigte dieser Richter mit der Bemerkung ab, man möge doch nicht die Unkenntnis des Gerichts überschätzen. Mit anderen Worten: daß auch viele andere Gesellschaften Bilanzverschleierungen anwenden, ist den deutschen Gerichten nicht unbekannt.

Wir könnten uns vielleicht damit beruhigen, daß die Verschärfung der aktienrechtlichen Bestimmungen der Notverordnung über Aktienrecht vom 19. September 1931 als Folge des Favag- und des Schultheiß-Krachens die Wiederholung ähnlicher Vorgänge unmöglich machen solle. Wer aber den Dingen tiefer auf den Grund geht, erkennt bald, daß die zutage getretenen Mißbräuche durch keine bloße Gesetzgebung oder Rechtsprechung im Rahmen des heutigen Systems endgültig beseitigt werden können, sondern daß es sich hier weitgehend um Mängel dieses Systems selber gehandelt hat.

Kurz einige Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung: Den Angeklagten im Favag-Prozeß und auch KATZENELLENBOGEN wurde bekanntlich nicht nur Bilanzverschleierung, sondern auch persönliche Bereicherung auf Kosten ihrer Gesellschaft vorgeworfen. Die Favag-Verteidiger versuchten deshalb, die Stimmung für ihre Mandanten durch den Hinweis darauf günstig zu gestalten, daß die Angeklagten durch den Verlust ihrer Stellung und ihrer Mittel doch schon schwer genug gestraft seien. Welchem angeklagten Arbeiter würde wohl ein ähnliches Argument dienen? Der Verteidiger KATZENELLENBOGENS beschwerte sich sogar darüber, daß der Staatsanwalt die Beweggründe des Angeklagten in ein nicht gerade freundliches Licht zu setzen gesucht habe, indem er an den Ausspruch KATZENELLENBOGENS erinnerte, er habe für seinen Sohn eine Position mit bedeutenden Zukunftsmöglichkeiten schaffen wollen. Sei das wirklich, so fragte dieser Verteidiger das Gericht, ein Egoismus, den man dem Angeklagten zum Vorwurf machen könnte? Für seinen Sohn darf also anscheinend ein „Wirtschaftsführer“ seine eigene Gesellschaft oder wenigstens deren Gläubiger hinter Licht führen! Wie wäre es, wenn die Arbeiter künftig auch diesem Grundsatz huldigten?

Wenn auch das Gericht in dieser Beziehung nicht der Ansicht der Verteidigung beigetreten ist, so ist ihr deren Standpunkt in anderer Beziehung offenbar durchaus nicht fremd. Zwar heißt es in der Urteilsbegründung im Schultheiß-Prozeß:

„Die Bilanz muß wahrheitsgemäß aufgestellt werden, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesellschaft.“ Doch gilt dieser Grundsatz der Wahrheit offenbar nur für die Bilanz, denn nicht nur die Verteidigung wußte zu Gunsten KATZENELLENBOGENS anzuführen, daß er nur im Interesse seiner Gesellschaft handeln wollte. Einer der vom Gericht berufenen Sachverständigen betonte sogar, daß die von KATZENELLENBOGEN vorgenommenen Handlungen zum großen Teil geradezu notwendig im Interesse der Gesellschaft gewesen seien. Dem schloß sich auch das Gericht insofern an, als es KATZENELLENBOGEN und die anderen Direktoren in den meisten Punkten freisprach, weil diese Herren der Meinung gewesen sein konnten, sie dienten nur den Interessen ihrer Gesellschaft. Wir sehen also: sogar das Gericht sieht es also als eine Entschuldigung an, wenn man Gläubiger und Aktionäre hinter Licht führt, um der Gesellschaft zu nützen.

Diese Tatsache zeigt uns vollends, daß der wirtschaftlichen Korruption, die die Wirtschaftskrise zutage gefördert hat, nicht durch einzelne Gesetze beizukommen ist. Sie macht weiter klar, wie recht die Verteidigung hatte, wenn sie die Angeklagten als Sündenböcke für ein ganzes System bezeichnete, ein System, das zu stärkerer Korruption führen muß, je größer die Schwierigkeiten sind, mit denen es kämpft.

Diese Tatsache zeigt uns vollends, daß der wirtschaftlichen Korruption, die die Wirtschaftskrise zutage gefördert hat, nicht durch einzelne Gesetze beizukommen ist. Sie macht weiter klar, wie recht die Verteidigung hatte, wenn sie die Angeklagten als Sündenböcke für ein ganzes System bezeichnete, ein System, das zu stärkerer Korruption führen muß, je größer die Schwierigkeiten sind, mit denen es kämpft.

Politische Schlägereien beenden den „Osterfrieden“.

a Kalau (Mark), 3. April.

Bei politischen Schlägereien erschoß hier am Sonnabend der SA-Mann LEHNERT einen politisch links stehenden Maurer.

o Chemnitz, 3. April.

Die hiesige NSDAP-Geschäftsstelle teilt mit, daß SA-Leute, die von der Chemnitzer HITLER-Kundgebung zurückkehrten, mit Kommunisten zusammenstießen. 1 SA-Mann tot; 17 Verletzte.

b Altona, 3. April.

Die Polizei teilt mit, daß heute hier „Reichsbanner“-Leute von NS angegriffen worden sind. Polizei griff ein. 30 Verletzte, darunter fünf Schwerverletzte.

i Kiel, 3. April.

Bei einem Umzug der „Eisernen Front“ kam es hier zu Zusammenstößen mit NS — wie die Polizei mitteilt, dadurch, daß die NS versuchten, nicht genehmigte Umzüge zu veranstalten. Mehrere Personen wurden verletzt.

w Mainz, 2. April.

Seit Samstag mittag herrscht in den Straßen der Stadt starke Unruhe. Die Polizei wurde bereits in den frühen Morgenstunden in Bereitschaft gehalten, weil man vermutete, daß die Kommunisten und von ihnen geführte Erwerbslose gegen die Kürzung der Unterstützungssätze demonstrieren würden.

würden. Um die Mittagsstunde kam es in den Hauptgeschäftsstraßen zu Ansammlungen, die bis in die Abendstunden dauerten. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machte.

h Berlin, 3. April.

Am Sonntag mittag, eine Stunde nach Ablauf des „Osterfriedens“ kam es im Südwesten Berlins, in der Gneisenaustraße, zu kommunistischen Ansammlungen. Als ein Polizeiaufgebot die Kundgeber zerstreuen wollte, kam es zu Schlägereien. Die Polizei schoß. Ein Kommunist wurde durch Bauchschuß schwer verletzt.

Amtliches zur Wahl. Kein Schnaps.

h Berlin, 2. April.

Der preußische Innenminister hat den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, den 10., und Sonntag, den 21. April 1932, bis zur Polizeistunde verboten.

Der Wahlkampf geht los. Sozialdemokratische Wahlwitze.

Nachdem am Sonntagmittag der „Osterfrieden“ abgelaufen war, setzte der Wahlkampf für den zweiten Wahlgang ein. Es sprachen unter anderem: THÄLMANN in Chemnitz; CRISPIEN in Dresden, SEVERING in Limburg, WELS in Breslau; STEGERWALD in Breslau; HITLER (der versichert hat, er werde in dieser Woche täglich in mehreren Versammlungen „direkt zum Volke“ sprechen) in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen, GOEBBELS in Frankfurt-Main.

Die DNVP hat erklärt, daß sie die Teilnahme am zweiten Wahlgang als eine unnütze Demonstration ansehe.

Aus den Argumenten im Wahlkampf interessieren einige, die von Sozialdemokraten für die Wahl HINDENBURGS vorgebracht wurden: Ein vernichtendes, aber treffendes Urteil über die deutsche Demokratie füllte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete RÖHLE in Frankfurt-Main; er bezeichnete HINDENBURG als den Testamentsvollstrecker der Demokratie — in der Tat ein treffendes Bild, auch in der Beziehung, daß es Tote sind, deren Testamente man vollstreckt. Weshalb es trotz dieser für die Demokratie tödlichen Rolle HINDENBURGS nötig sei, ihn zum Verweser dieses Loichnams zu wählen, hat SEVERING in Limburg gesagt: HINDENBURG sei im Gegensatz zu HITLER ein Mann; deswegen gelte es, sich für ihn einzusetzen. Eine Argumentation, die nur für diejenigen Sozialdemokraten überzeugend wirkt, die von der anderen Ueberzeugung durchdrungen sind, daß in ihrer Partei und im Kreise von deren Anhängern kein Mann mehr aufzutreiben sei.

Hindenburg gegen den „Stahlhelm“?

Der „Stahlhelm“ und sein Ehrenvorsitzender.

h Berlin, 2. April.

Die „Landvolknachrichten“ verbreiten eine Meldung, wonach sich der Reichspräsident VON HINDENBURG nachdrücklichst vor diejenigen „Stahlhelm“-Mitglieder stelle, die ihm im ersten Wahlgang die Treue gehalten hätten und deshalb vom „Stahlhelm“ gemäßigert worden seien. Er habe die Bundesleitung des „Stahlhelm“ aufgefordert, ihm bis zum 5. April mitzuteilen, ob sie bereit sei, die Maßregelungen zurückzunehmen.

Von Seiten des „Stahlhelm“ verlautet hierzu, daß sowohl die beiden Bundesführer als auch der Bundeskanzler gegenwärtig nicht in Berlin weilten, daß aber ein Schreiben des Reichspräsidenten VON HINDENBURG wohl vorliege, das nur durch eine Indiskretion der Öffentlichkeit bekannt geworden sein könne.

Deutschland, ein Kirchenstaat. Wozu die Osthilfe gut ist.

Vor kurzem ist in Oberschlesien der Neubau des erbischöflichen Knabenkonvikts mit großer Feierlichkeit durch den Erzbischof selbst eingeweiht worden. Die Gesamtkosten betragen rund 750 000 Mark. Das alte Konvikt hätte zwar auch genügt. Es befand sich neben dem staatlichen katholischen Gymnasium. Seit 1928 aber ist das Gymnasium in einem neuen Gebäude in einem anderen Stadtteil untergebracht. Die Insassen des Konvikts hatten infolgedessen einen weiteren Schulweg. Das paßte dem Oberpriester nicht, vielleicht deshalb, weil die Zöglinge auf dem weiteren Schulwege auf weltliche, sündhafte Gedanken hätten kommen können. Er hatte also schon vor Beginn des Neubaus des Gymnasiums gegen die Wahl des Bauplatzes Einspruch erhoben und diesen erst zurückgezogen, als die Stadt Gleiwitz sich bereit erklärte, auf ihre Kosten unmittelbar neben dem neuen Gymnasium auch ein neues Konviktsgebäude zu errichten. Der Erzbischof gab 150 000 Mark zu Hilfe. Die Stadt Gleiwitz, die seit Jahren in argen Geldnöten steckt, zahlte für das alte Konviktsgebäude 400 000 Mark. Außerdem gab sie unentgeltlich den Bauplatz für das neue Konvikt. Und nun kommt das Tollste: das Reich gab aus den Osthilfe-Mitteln 200 000 Mark!!

Diese Angaben entnimmt „Die Geistesfreiheit“ der „Schlesischen Zeitung“ (vom 11. Februar). Da die Kirche schon von jeher „einen guten Magen“ hat, ist ihr ohne weiteres zuzutrauen, daß sie sich hier bemüht, ihre Schäfchen nicht nur zu behüten, sondern auch die Schafe zu scheren.

Ein wie taktloser und unanständiger Zustand ist es, das Steuergeld (denn die Gelder der Osthilfe sind Steuergelder!) aller Bürger, also auch der Freidenker! zur Finanzierung einer — wenn auch großen — konfessionellen Sotke zu mißbrauchen. Eine solche Verschwendung von Steuergeldern ist unerhörte. Wenn die Katholiken glauben, eine ordentliche Weltanschauung zu besitzen, sollen sie ihre Veranstaltungen selber finanzieren. Mit anderer Leute Gelder kann jeder leicht große Sprünge machen.

Daß es mit der katholischen Weltanschauung nicht ganz in Ordnung sein kann, sieht man schon daran, daß solche einfachen rechtlichen Ueberlegungen in ihr offenbar unbekannt sind.

Die Verkirchlichung Deutschlands macht Fortschritte.

Bl. Wieder hat ein deutscher Staat Verträge mit kirchlichen Instanzen abgeschlossen! Am 18. März wurden die Thüringer Staatsverträge mit den beiden katholischen Bistümern Fulda und Würzburg mit 18 Stimmen des Landvolks, der Wirtschaftspartei und der deutschen Volkspartei gegen sechs Stimmen der Kommunistischen Partei, bei Enthaltung der Sozialdemokraten, in Abwesenheit der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialisten in der Vollversammlung des Thüringer Landtags endgültig angenommen.

Besonders schockierend ist wieder einmal das feige Verhalten der Sozialdemokraten.

Versteckter Religionsunterricht.

M. B. Ich besuchte in München die letzte Klasse der Städtischen Kaufmännischen Berufsschule für Mädchen. In dieser Klasse wurde kein Religions-Unterricht erteilt. Unsere Stenographie-Lehrerin hielt es deshalb — wie sie sagte — für ihre Pflicht, uns einen kleinen Ersatz zu liefern. Ein Beispiel dafür, wie sie Religion und Stenographie vermengte, war unsere letzte Unterrichtsstunde. Es wurde eine Geschichte aus der französischen Revolution vorgelesen, die die Not der Christen und Adligen schilderte. Zum Abschied sagte die Lehrerin, unser Glaube schwanke; wir müßten unsere ganze Kraft einsetzen, um ihn zu schützen, auch wenn wir in die Katakomben steigen sollten. — Ich war als einzige Nichtchristin anwesend. Vor der ganzen Klasse erbot sich die Lehrerin, für mich zu beten, damit auch ich den Weg zum Heiland fände.

Schulreaktion am Werk. Evangelischer Reichselterntag.

o Potsdam, 2. April.

Am Freitag und Sonnabend tagte in Potsdam der 10. Evangelische Reichselterntag. Er beschloß, zur Neuregelung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht in Preußen an den preußischen Kultusminister ein Schreiben zu richten, in dem die beschleunigte Durchführung dieser Neuregelung gefordert wird.

Nur die allerdümmsten Kälber . . . ! Die Frau in Politik und Beruf.

Die Gaupressstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Hamburg hat dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Vereins in Hamburg auf bestimmte Anfragen folgende Antwort erteilt:

Wir beabsichtigen nicht, für die bevorstehende Bürgerrechtswahl Frauen als Kandidatinnen aufzustellen. Es widerspricht unseren Grundsätzen, die Frau in die Niederungen des politischen Kampfes herunterzuziehen, wie es bedauerlicherweise von einer Anzahl politischer Parteien geschehen ist. Insbesondere die letzte Bürgerschaftssitzung dürfte ein treffendes Musterbeispiel einer Sitzung gewesen sein, in der es von persönlichen Verunglimpfungen und Beschmutzungen von politischen Persönlichkeiten strotzte. Für einen solchen Kampf ist uns die deutsche Frau zu schade. Wir verkennen keineswegs, daß es leider infolge der langen Mißwirtschaft der bisherigen Regierungsparteien nicht möglich ist, die Frau lediglich ihrer naturgewollten Bestimmung als Gehilfin des Mannes, als Mutter, als Pflegerin der Kranken, der Jugend und als Erzieherin der weiblichen Jugend zuzuführen. Es ist deshalb auch nicht möglich, die Frau von Berufen, die ihrem Aufgabenkreis entsprechend vom Mann ausgeführt werden sollten, auszuschließen. Dieser Zwang für die Frau dürfte erst dann aufhören, wenn durch eine Gesundung der Verhältnisse ausreichende Einkommensverhältnisse für die männliche Bevölkerung geschaffen sind und dadurch die heute leider vielfach bestehende Notwendigkeit des Mitverdienens der Frau aufgehoben wird.

Die „deutsche Frau“ soll also vor den „Niederungen“ des politischen Lebens bewahrt werden. Die Nazis haben dazu Grund, denn das politische Leben ist nicht zuletzt dank ihrer Manieren zu einem Tummelplatz von Verbrechern und Dummköpfen geworden, daß auch „deutsche Männer“ davon die Nase voll haben könnten.

Die Frauen aber suchen sich hoffentlich solche Vertreter ihrer Interessen, die die Frauen zu jeder Tätigkeit zulassen, die diese ergreifen wollen und die die Tauglichkeit der Frauen zu bestimmten Berufen der Prüfung durch die Erfahrung überlassen. Daß sie dabei in der Politik schlecht abschneiden, ist nicht anzunehmen, denn wesentlich unintelligenter als die Männer können sie sich kaum dabei anstellen.

Um die Rechtfertigung eines unschuldig Hingerichteten. Wiederaufnahmeverfahren Jakobowski abgelehnt.

h Berlin, 2. April.

Der Wiederaufnahmeantrag des Rechtsanwalts Dr. ARTHUR BRANDT in der Angelegenheit JAKUBOWSKI ist vom Neustrelitzer Oberlandesgericht abgelehnt worden. Bekanntlich hatte auch die Neustrelitzer Staatsanwaltschaft vor einiger Zeit durch zwei Schriftsätze die Freisprechung JAKUBOWSKIS Beschwerde eingelegt worden.

Ein tolles Oberlandesgericht! Nachdem JAKUBOWSKI wegen angeblichen Kindesmordes hingerichtet worden ist; nachdem durch einen anderen Prozeß der Nachweis erbracht ist, daß andere die Mörder des fraglichen Kindes sind; nachdem Rechtsanwalt und Staatsanwalt im Interesse der Rechtfertigung der Toten betreiben — nach all dem lehnt das Gericht das Wiederaufnahmeverfahren ab. Aber auch diese Ablehnung spricht laut und deutlich: ihre Feigheit hindert Machthaber — hier wie auf anderen Gebieten — sich die längst offenbar gewordenen Bankrotte einzugestehen.

Einstweilige Verfügung gegen Noske. Sein Streit mit den NS. — Was hat er eigentlich verboten?

a Hannover, 2. April.

Die Prozesstelle des hiesigen Oberpräsidiums teilt mit: „Auf Antrag eines nationalsozialistischen Rechtsanwalts hat heute (Sonntag) ein Hannoversches Gericht durch eine einstweilige Verfügung dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover untersagt, die „Niedersächsische Tageszeitung“ bei der Werbung von Abonnenten durch Verteilung von Freixemplaren ihrer öffentlichen Ausgabe zu behindern. Der Beschluß ist völlig unverständlich, weil der Oberpräsident eine Anordnung nicht erlassen hat, die eine derartige Abonnentenwerbung unterbindet. Gegen den unhaltbaren Beschluß ist Beschwerde eingelegt worden.“

Die genannte einstweilige Verfügung verbietet NOSKE, die Werbung der Antragstellerin (des Verlages) für die „Niedersächsische Tageszeitung“ durch Verteilung von Freixemplaren dieser Zeitung zu verhindern. Insbesondere wird ihm untersagt, Polizeimaßnahmen zu veranlassen oder Anweisungen an die Polizei zu erlassen, wodurch die Verteilung von Freixemplaren der „Niedersächsischen Tageszeitung“ durch die Antragstellerin verhindert wird. Dieses Verbot gilt nicht für den Fall, daß die zur Werbeverteilung kommenden Freixemplare in ihrem Umfang oder Fassung von der an die Abonnenten des Blattes gelieferten Auflage abweichen sollten.“ (Wortlaut der gerichtlichen Entscheidung.)

GROENER hat vor einigen Tagen NOSKES Verhalten gebilligt, indem er die von den NS betriebene und von NOSKE verbotene „Verbreitung von Propagandanummern ... in inhaltlich beschränktem Umfang“, aber in verdreifachter bis vorzehnfacher Auflage“ als Umgehung der Verordnung über den „Osterfrieden“ bezeichnete.

Widerspricht GROENERS Entscheidung der des Gerichts? Die drei Erklärungen sind nur bei Beachtung der hervorgehobenen Stellen miteinander vereinbar. Man muß dann annehmen, daß NOSKE nur die Verbreitung einer gekürzten, nicht aber die Verbreitung der ungekürzten Ausgabe der Zeitung verboten hat. Man muß weiter annehmen, daß die gerichtliche Verfügung ihm verboten hat, was er nicht getan hatte, und zwar merkwürdigerweise „wegen der Dringlichkeit des Falles ohne mündliche Verhandlung“ (Wortlaut der Verfügung). Das ist eine sehr seltsame Annahme. Seltsam ist auch die Tatsache, daß es einem schwer gemacht wird, zu durchschauen, was NOSKE eigentlich verboten hatte.

Neue Tarifikündigungen.

a Aachen, 2. April.

Die Arbeitgeberverbände haben zum 30. April den Rahmentarifvertrag in der Nadelindustrie und Metallindustrie und den Lohnvertrag im Installateurgewerbe gekündigt. In der Stolberger Zinkindustrie sind ebenfalls die Lohnverträge gekündigt worden.

h Berlin, 3. April.

Der Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks e. V. Berlin, als die zuständige Arbeitgeberorganisation, hat den Reichslohntarifvertrag in der durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 veränderten Form zum 30. April 1932 gekündigt mit der Begründung, daß die zur Zeit geltenden Tariflöhne für eine Anzahl von Lohngebieten als unrichtig eingestuft und für alle Lohngebiete im Deutschen Reich als „weit übersetzt“ bezeichnet werden müßten.

„Weit übersetzt“ war der — sagen wir vorsichtig: Optimismus des Reichsarbeitsministers, der am 24. März erklärte, daß „von der Kündigungsbefugnis der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch“ gemacht werden würde.

Das macht Schule! Pro Tag ein Kassenüberfall.

f Köln, 3. April.

Am Sonnabend wurde in der Postamtszweigstelle Kalkerfeld ein vorwegener Raubüberfall verübt. Kurz nach Schalter-schluß fuhren zwei Männer mit einem Motorrad vor. Der Beifahrer sprang vom Rad, schlug ein Fenster ein und raubte eine am Fenster stehende Geldkiste mit 13600 Mark. Sofort schwang sich der Bursche auf das etwa zwanzig Meter vom Postamt mit angekurbeltem Motor haltende Motorrad und fuhr mit seinem Komplizen in-schnellster Fahrt davon. Die beiden sind noch nicht gefaßt worden.

Wir wiederholen die Ueberfallchronik dreier Tage:

Tag	Kasse	Zahl der Räuber	Beute in Mark
31. 3.	Stadtsteueramt in Dresden	1	2300
1. 4.	Depos.-Kasse Altona-Ottensen	3	8000
2. 4.	Postamt Kalkerfeld	2	13600

Es wird weiter subventioniert. Geldgeschenk an die Kohlenherren.

h Berlin, 2. April.

Die Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung für die unter Tage arbeitenden Arbeiter im Kohlenbergbau ist über den 31. März bis zum 30. Juni 1932 verlängert worden.

Für die Bergarbeiter wird dieser Beitragsverlaß durch die Lohnkürzungen überkompensiert. Für die Unternehmer bedeutet er ein Geschenk, das die Steuerzahler bezahlen.

Kardinal Schulte gegen Judenhetze.

h Köln, 31. März.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Köln des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dr. HEINRICH FRANK, gleichzeitig Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Köln, der Gemeinderabbiner Dr. ROSENTHAL in Köln und der Syndikus des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Berlin, Dr. ALFRED WIENER, wurden von dem Generalvikar des Erzbistums Köln, Dr. DAVID, empfangen. Sie unterbreiteten eine Reihe von Materialien über die Zügellosigkeit des politischen Kampfes gegen die Juden. Kardinal SCHULTE hat dem Gemeinderabbiner Dr. ROSENTHAL in Köln schriftlich geantwortet, u. a.:

„Ich kann Ihre innere Empörung und Entrüstung nur teilen und sehe in diesen Vorkommnissen eine neue ernete

Mahnung an alle Gutgesinnten, der zunehmenden Verwilderung der Sitten in unserem Volke ohne Säumen und mit aller Energie entgegenzuwirken.“

Zeppelin beim Start beschädigt.

r Friedrichshafen, 4. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erhielt beim Start zur zweiten Südamerikafahrt eine kleine Beschädigung. Etwa 25 Meter hinter der Passagiergondel wurde beim Aufstieg durch einen Mast der Funkstation die Hülle in einer Länge von zehn Metern aufgeschlitzt. Kaum eine halbe Stunde nach Abfahrt des Luftschiffes ertönten die Böllersalven als Signal für die Haltemannschaft. Das Luftschiff kreuzt etwa eine Viertelstunde über Friedrichshafen und wird voraussichtlich etwa in zehn Minuten landen. Ob die Fahrt heute noch ausgeführt wird, kann bis jetzt mit Bestimmtheit nicht gesagt werden.

Opfer des Sports.

k Paris, 4. April.

Bei einem Autorennen bei Fez (Marokko) ereigneten sich am Sonntag hintereinander zwei schwere Unglücke, bei denen fünf Personen den Tod fanden. Ein Wagen drehte sich in der Kurve mehrmals um seine Achse und sauste schließlich gegen einen Baum. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Wenig später wurde ein Personenwagen von einem Rennwagen angefahren und vollkommen zertrümmert. Die drei Insassen des Personenwagens wurden getötet, während die beiden Insassen des Rennwagens mit schweren Verletzungen davorkamen.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 5. April.

Berlin:

14.00 Die besten Orchester der Welt (Schallplatten).
16.50 Bücherstunde: Bücher über Politik und Parteiwesen.

Hamburg:

17.30 H. MAASZ: Export nach Indien.

Königsberg:

18.25 A. GRUNWALD: Der Arbeitslohn als Wirtschaftsfaktor (Vergleiche dazu „Kostensenkung eine Machtfrage“ im „Funken“, Nr. 57, vom 8. März).

Königswusterhausen:

19.25 Prof. SCHAEFER: Die großen Religionen des Orients und das Abendland.

Wien:

16.00 Prof. THOMAS: Die Welt der Spiralnebel.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ... monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand.
Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit
in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes.
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt e.m. Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-
Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcostraße 8. Postcheck: Hamburg 53167

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr.Celle, nimmt ab Ostern
wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder
unter 10 Jahren 1,— M.
Ely Gräfe

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen.

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werkt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bewerzt bei Einträgen
unsere Interessen!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.

Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom
Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund
1.—5. Tausend / 82 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen
und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit
über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“. Berlin S 14, Inselstr. 8a.

„Alte Freunde.“

Nach der ersten Aussprache
Tardieu—Macdonald.

Am Sonntag abend haben TARDIEU und MACDONALD nach ihrer ersten Aussprache längere Erklärungen vor Pressevertretern abgegeben.

MACDONALD sagte u. a.:

Wir sind so etwas wie alte Freunde und vertreten im Augenblick zwei Staaten, die eine herzliche Zusammenarbeit mit allen anderen europäischen Nationen bei der Behandlung der ungelösten Probleme, insbesondere der wirtschaftlichen, die nicht nur Europa sondern die ganze Welt berühren, durchführen soll. . . Die Tage der bequemen Korrespondenz und des Austausches von Schreiben und Noten sind vorüber. Der Friede der Welt muß heute durch Konferenzen aufrechterhalten werden. Ich bedaure, so sagte MACDONALD, daß in den Zeitungen gewisse Verdächtigungen des Zusammenhangs mit der Zusammenkunft zwischen TARDIEU und mir ausgesprochen zu sein scheinen. Ich möchte sagen, daß niemals Grund zu einer Berechtigung für diese Verdächtigungen vorhanden war. Die Absichten der englischen Regierung sind ehrlich und sie ist stark daran interessiert, daß mit gutem Willen an der internationalen Zusammenarbeit für die Lösung der Probleme gearbeitet wird. Ein Land allein kann dies nicht tun, zwei Länder können es auch nicht tun.

Die Politik, die wir ausarbeiten, ist eine Politik der Zusammenarbeit mit jedermann, der den Frieden erstrebt und der gewillt ist, sein ganzes Gewicht für die Anstrengung zur Erhaltung des Friedens in die Waagschale zu werfen.

Aus TARDIEUS Erklärung:

Die zu erörternden Fragen seien europäische Probleme. Es gäbe überhaupt keine einzige Frage, die nicht von europäischer oder von allgemeiner Weltbedeutung sei. Pflicht der Regierungen sei es, sich mit jeder einzelnen dieser Fragen von dem Gesichtspunkt der Solidarität zu befassen. Frankreich und Großbritannien seien durch eine gemeinsame sowohl moralische wie politische Verantwortlichkeit mit einander verbunden, die sich aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und bei dem gleichartigen Ziel ihrer Staatsangehörigen nach Frieden, fair play und Arbeit ergebe.

Die beiden Ministerpräsidenten sind sich anscheinend darin einig geworden, in ihren Erklärungen mit vielen Worten nichts zu sagen. Was sich hinter diesem Ausweichen verbirgt, läßt sich nicht erraten. Die Pariser Presse äußert sich am Montag früh zurückhaltend und im Ganzen pessimistisch. Die erste Fühlungnahme am Sonntag abend scheint den Eindruck verstärkt zu haben, als ob England sich auf keinen Fall von Frankreich ins Schlepptau nehmen lassen werde, sondern seine volle Handlungsfreiheit bis zur Viererkonferenz bewahren wolle, um eine Lösung zu finden, die auch Deutschland und Italien befriedige.

Köln! Achtung!

Große öffentliche Kundgebung:

China blutet! Was tut Europa?

Rednerin: Gastin CHIYIN CHEN, Schanghai.

Am Samstag, dem 9. April 1932 (20.15 Uhr), im großen Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt).

Aussprache! Eintritt 20 Pfennig

Erwerbslose gegen Ausweis frei.

Veranstalter: Internationaler Sozialistischer Kampfbund, Köln, in Gemeinschaft mit der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Deutschen Friedensgesellschaft, Köln.

Kamrad Kasper.

Volksstück von Paul Schurek. Uraufführung der Volksbühne, Berlin.

Der Hamburger Dichter, der sich bisher nur im Bezirk plattdeutscher Komödien und Histörchen tummelte, macht einen Ausflug ins Hochdeutsche — ins Tiefinnige und Symbolhafte.

Kasperle, uralter Held aller Marionettenspiele, wird zum Sinnbild des Geschehens: Humor und Witz (oft nur Galgenhumor) und der bittere Witz der Selbstverspottung triumphieren schließlich über Leid und Elend dieser Welt.

Was geht auf den Brettern vor?

Kasper Troll, ein Puppenspieler, der wie die vielen anderen auch in den großen Krieg gezogen ist, kehrt endlich zurück, mit heißen Knochen und froher Laune. Doch er findet sich nicht mehr zurecht. Inflationsfieber durchschüttelt das Land. Hunger und Tod wüten weiter und Marike, seine junge Frau, die Kasper, von Zärtlichkeit erfüllt, sehnsüchtig erwartet, ist ausgezogen, ihm untreu geworden. Ihr heißes Blut rebelliert während der vierjährigen Einzelhaft. Sie wurde die Geliebte eines anderen, des Werkmeisters in der Fabrik. Kasper wittert das Unheil. Als seine Frau zurückgeflüchtet, gibt er ein Wiedersehensgelage mit gestohlenem Heeresgut, Orgelmann, Zeitungsmann und Nachbarmann sind die Gäste. Kasper kramt in seiner Puppenkiste, die Spielzeug überfällt ihn. Und in einem Marionetten-Zwischenspiel entbüllt sich phantastisch und beziehungsweise die Wirklichkeit. „Seid ihr alle do?“ — „Soo!“

Und sie waren alle da: die gespenstisch-primativen Figuren des Mord-Spektakulums, genannt der Weltkrieg. Der fette Rüstungsfabrikant, der schnarrende General, Freund Hein mit klapperndem Gebein und nicht zuletzt die beiden armen Tröpfe, denen man die Rollen heroischer Krieger zugeschoben hat. Sie sitzen rittlings auf ihren Kanonen und knallen sich gegenseitig Löcher in den Bauch. Sind sie nicht Zwillingenbrüder, jeder ein Narr wie der andere, nur mit verschiedenfarbigen Kappen? Der eine kräht französisch, der andere deutsch: „Liebet eure Feinde, wie euch selbst!“ — „Liberté, égalité, fraternité!“ Gelegentlich erinnern sie sich ihrer Verwandtschaft, halten mit dem Kriegsspiel inne, und trinken sich Brüderschaft zu. Doch Fabrikant und General runzeln ihre Stirnen und protestieren gegen solche Schlappheit. Gutmütig fügen sich die beiden Kasperles und schießen sich wieder gegenseitig Löcher in den Bauch. — Der deutsche Possenreißer entrinnt sogar unbeschädigt dem grauenhaften Spiele. Fidel kehrt er in seine Heimat zurück, Marike, seine

Zwei Kreishaushalte. 750 000 Mark Defizit.

Landsberg (Warthe), 3. April.

Wie der Kreisausschuß im Entwurf für das Rechnungsjahr 1932 über den Kreishaushalt mittelt, stehen der Einnahme in Höhe von 1 273 000 Mark Ausgaben in Höhe von 1 371 000 Mark gegenüber, so daß ein ungedeckter Fehlbetrag von 98 000 Mark bleibt.

Lebus, 3. April.

Der Kreishaushalt des Kreises Lebus für 1932 weist einen Fehlbetrag von 650 314,68 Mark auf.

Provinz-Parlament lehnt Haushalt ab. Staatskommissar greift ein.

Kiel, 1. April.

Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag hat in der Gesamtabstimmung in zweiter Lesung den Haushalt abgelehnt. Oberpräsident KÜRBIS kündigte als Staatskommissar an, daß der Staat den Haushalt von sich aus festsetzen werde.

Befreiung eines Antifaschisten.

Die „Münchener Post“ erfährt aus Brüssel:

Der junge belgische Antifaschist DE ROSA, der im Oktober 1929 auf den italienischen Kronprinzen UMBERTO bei seiner Verlobung mit einer belgischen Königstochter in Brüssel einen Schuß abfeuerte und im September 1930 vom Brüsseler Schwurgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist dieser Tage auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Prozeß DE ROSA gestaltete sich seinerzeit zu einer schweren Anklage gegen das faschistische System. DE ROSA selber, der ruhig erklärte, er wolle mit seiner Tat zur Befreiung seines Volkes von der faschistischen Tyrannei beitragen, machte auf alle einen günstigen Eindruck. Das verhältnismäßig niedrige Strafmaß wurde allgemein, insbesondere von der italienischen Presse als ein Verdammungsurteil gegen die faschistische Diktatur aufgefaßt. Später wurde mitgeteilt, daß der italienische Kronprinz, der nicht verletzt wurde, selber um die vorzeitige Freilassung DE ROSAS ersucht habe. Das stimmt, hatte aber nur die Bedeutung einer Formsache. Die belgische Regierung hatte schon vor vielen Monaten die Absicht, DE ROSA auf freien Fuß zu lassen. Wenn sie trotzdem bis jetzt wartete, so lag das an einem Erpressungsmanöver MUSSOLINIS. Dieser hatte der belgischen Regierung die formelle Versicherung gegeben, daß er den im September vorigen Jahres wegen antifaschistischer Propaganda vom Ausnahmegericht in Rom zu zehn Jahren Gefängnis verurteilten belgischen Gymnasialprofessor MOULIN in kürzester Frist entlassen werde. MUSSOLINI drückte sich aber hartnäckig um die Einlösung seines Versprechens, wobei die antifaschistische Haltung der belgischen sozialistischen Presse als Vorwand diente. Um MUSSOLINI nicht zu reizen und zu verhüten, daß MOULIN dadurch zu Schaden komme, hatte die belgische Regierung bisher mit der Freilassung DE ROSAS gezögert. Endlich aber hat sie die Geduld verloren.

Ablösung der Hauszinssteuer.

Berlin, 30. März.

Die Hauseigentümer sind berechtigt, die Hauszinssteuer, die sich für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1940 ergibt, in der Zeit bis zum 31. März 1934 durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen. Wird der Ablösungsbetrag bis zum 30. September 1932 entrichtet, so hat der Eigentümer das Dreifache, wird der Ablösungsbetrag in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1934 entrichtet, so hat der Eigentümer das Dreieinhalbfache des vollen Jahresbetrages der Hauszinssteuer für das Rechnungsjahr 1932, also

Fru erwartend. Doch, halli, hallo, die hat einen neuen Liebhaber. Oho, der muß verdroschen werden, und ebenso das ungetreue Frauenzimmer.

So renkt sich alles wieder ein. Im Puppenspiel und auf der Bühne. Die Erkenntnis wächst, daß sie, die dekorierten „Kriegerhelden“, Idioten und arme Trottel sind, daß sie selber Schuld haben an diesem Mord-Spektakulum, genannt der Weltkrieg.

Das Zwischenspiel auf der Marionettenbühne bewahrt das Stück von dem Abgleiten ins Privathafte, Zufällige, macht aus dem Drama mehr als nur das Einzelschicksal eines Heimkehrers. Im ersten Akt noch haben die Personen etwas Puppenhaft-starrs an sich. Ihre Gespräche schnurren wie auf einer Spiellose ab: abgezirkelt, witzig, Spruchweisheiten unterm Strich. Der schnoddrig alleswissende Zeitungsmann spricht aus allen ihren Mündern. Erst nach dem Zwischenspiel fühlen sie sich von ihrer Marionettenrolle erlöst. Sie atmen, lachen, weinen dann wie leibhaftige Menschen und bemächtigen sich unseres Mitgeföhls.

GÜNTHER STARK führt den Regiestab. Eine ausgezeichnete Ensembleleistung, ohne Starallüren. ERNST BUSCH und BERTHA DREWS ragen hervor. BUSCH spielt sehr norddeutsch den Kasper Troll, jugenschaft heiter, nachdenklich versonnen. Herrlich, wenn er mit metallischer Stimme drei seiner vor Proletariemassen so oft gesungenen Lieder singt: Das Lied vom goldenen Ueberfluß, der Sang der Krüppelgarde und vor allem das unverwüsthliche Stempelied. DREWS gibt der Gestalt der Marike blühendes Leben. Wie schön ist dieses eckige Proletariantiltz.

Die Volksbühne kann den Abend als Erfolg buchen. Wir wünschen, daß nach dem Auszug ihres bisherigen verdienstvollen Intendanten, KARLHEINZ MARTIN ins Deutsche Theater, das Haus am Bülowplatz vor dem Schicksal behütet bleiben möge, wiederum künstlerisch zu verwasen. Wir begrüßen deshalb den „Kamrad Kasper“ als verheißungsvollen Auftakt und feiern ihn als einen Salutschuß, der den unvergeßlichen „Matrosen von Cattaro“ entrichtet wird. Ipp.

Straßen ohne Ende.

Von Justus Ehrhardt. Agis-Verlag, Berlin-Wien 1932. Preis 2,85 Mark.

Das Schicksal eines Proletariats rollt hier vor uns ab. HANS SCHULZE, Arbeitsbursche bei Friedländer & Co., begeht eine kleine Unterschlagung. Er hat der Versuchung

der gegenüber 1930 um 20 Prozent gesenkten Hauszinssteuer, zu zahlen. Neben dem Ablösungsbetrage sind die laufenden Hauszinssteuerbeträge bis zum Zeitpunkt der Ablösung zu zahlen. Erfolgt die Ablösung bis zum 30. September 1932, so wird eine besondere Erleichterung gewährt, indem die für die Zeit vom 1. April 1932 bis zur Ablösung erhobenen Hauszinssteuerbeträge zur Hälfte entrichtet werden. Der günstigste Zeitpunkt für die Ablösung ist für den Grundstückseigentümer hiernach der 15. April 1932, da er dann die am 15. April fällige Hauszinssteuer nicht mehr zu leisten hat. Bedingung für die Ablösung ist, daß die Hauszinssteuerrückstände für die letzten sieben Monate gezahlt sind, soweit die Beträge nicht mit dem Ziel der Niederschlagung gestundet sind bzw. werden; alle übrigen Hauszinssteuerreste sollen auf Grund einer näheren Vereinbarung zwischen Steuerschuldner und Steuerbehörde alsbald getilgt werden. Die Ablösung der Hauszinssteuer kann entweder mit eigenen Mitteln oder durch Aufnahme einer Ablösungshypothek mit dem Range vor allen anderen Rechten an dem Grundstück unter bestimmten Bedingungen erfolgen. Die Ablösungshypothek darf nicht mehr als den Ablösungsbetrag zuzüglich eines Zuschlags von fünf Prozent, und der Zinsfuß nicht mehr als 6½ Prozent einschließlich des Verwaltungskostenbeitrages betragen. Als Ablösungshypothek kann nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. März 1932 eine Goldmarkhypothek (eine Goldmark = dem amtlich festgestellten Preis für 1/2790 kg Feingold) eingetragen werden.

Anträge auf Ablösung sind zunächst an die für die Erhebung der Hauszinssteuer zuständigen Stellen zu richten, von der die Ablösungsbeträge, die mit dem Ablösungsbetrag zu zahlenden Steuerrückstände sowie ein Merkblatt über die gesetzlichen Bestimmungen und den Gang des Ablösungsverfahrens kostenlos mitgeteilt werden. Der Antrag kann auch auf Teilablösung gehen. Zulässig ist die Teilablösung von 25 Proz., 50 Proz. und 75 Proz. und bei einem Jahresbetrag von 4000 Mark und mehr sogar jeweilig 10 Proz. der Hauszinssteuer.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Freitag, den 8. April, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41. Thema: Die Aufgaben des Krisen-Kongresses des ADGB.

Göttingen: Mittwoch, den 6. April, um 20.15 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal des „Volksheims“ über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. Freie Aussprache! Eintritt frei!

München: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Der Krieg im Fernen Osten. Seine internationale Bedeutung.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Hannover: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1, über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Kassel: Donnerstag, den 7. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai, in einer großen öffentlichen Versammlung im kleinen Stadtparksaal, Eingang Wilhelmstraße, über das Thema: Arbeiter und Bauern im Kampf um ihre Freiheit. Nach dem Vortrag Aussprache. Eintritt 40 Pf. Vorverkauf 30 Pf. Erwerbslose 15 Pf.

nicht widerstehen können, aus der Dürftigkeit und Enge seines Milieus einmal einen Schritt hinaus zu tun und etwas mehr Geld in den Fingern zu haben. Was Angehörigen einer anderen Klasse in diesem Alter großmütig als „Jugendstunde“ verziehen wird, wird diesem Jungen zum Verhängnis. Er kommt zwar zunächst noch einmal mit einem blauen Auge davon. Von der „Fürsorge“ bleibt er verschont. Aber da, wo man ihm helfen könnte, zu Hause, bringt man ihm kein Verständnis entgegen. Der Vater, gewissenhafter Arbeiter, treuer Gewerkschaftsfunktionär und langjähriges SPD-Mitglied, sieht in ihm nicht den Klassengenossen, sondern nur den mißratenen Sohn. Was nun folgt, kann man voraussehen: Eine zweite Verfehlung folgt. Die Ordnungsmaschinerie der „Fürsorge“ erfaßt ein neues Opfer und läßt es nicht wieder los. Trotz der verzweifelten Anstrengungen des jungen Menschen, Anstrengungen, die über den Durchschnitt gehen, gelingt es ihm nicht, sein Verhängnis abzuwenden. Er endet in der Gosse, wo er wenigstens Freunde und Verständnis findet.

Das Buch ist eine schreiende Anklage gegen die „Fürsorge“-Erziehung. Was das herrschende System als Fürsorge betrachtet, ist im Grunde nichts anderes als brutales Niedertampeln gerade solcher jungen Menschen, bei denen eine wirkliche Fürsorge sehr wohl am Platze wäre.

Was mir an dem Buche nicht gefällt, ist eine gewisse Resignation, die am Schluß durchklingt. Der Jugendfürsorger LEUKEL denkt: „Es gibt nur noch Ordnung und Anarchie. Nichts mehr dazwischen. . .“ „Der Traum der Jugendbewegung vom Reich der Gerechtigkeit ist aus.“ Und der Verfasser sagt dann von ihm:

„Herr LEUKEL ist müde. Er ist ein kleiner Beamter. . . Er wird arbeiten und seine Pflicht tun. Und wenn er nicht mehr denkt, wird alles leichter und vielleicht auch fröhlicher werden.“

Warum diese Resignation? Hat der Verfasser nicht selbst geschildert, welche Kräfte in jungen Menschen stecken können, Kräfte, die es nur gilt, in die richtigen Bahnen zu lenken. Es gilt, durch eine mächtige Organisation den „Traum der Jugendbewegung“ Wirklichkeit werden zu lassen.

Trotzdem: nicht nur jedem Erzieher, jedem Arbeiter empfehle ich dieses Buch. Der einfache Stil des Verfassers wirkt gerade durch seine Schmucklosigkeit. Ich habe das Buch von der ersten bis zur letzten Seite mit Spannung durchgelesen.

Sehr gut ist das in einem Anhang auf vier Seiten zusammengestellte Tatsachenmaterial. Es unterstreicht die Wirklichkeit des in dem Buche geschilderten Schicksals.

Fritz Dönch.

Gefahrenstellen in der französischen Wirtschaft.

Kn Paris, März 1932.

Die Banknoten.

Die in Frankreich umlaufende Banknotenmenge hat in den letztvergangenen Jahren außerordentlich zugenommen: Ende 1926, also bald nach der Stabilisierung, betrug sie etwa 52½ Milliarden Francs. (1 Franc = 16½ Pfennig.) Seitdem ist sie ununterbrochen gestiegen: Ende 1931 erreichte sie 83½ Milliarden. Selbst in den Jahren 1930 und 1931, in denen die Wirtschaft auch in Frankreich nicht mehr glatt funktionierte, ist die umlaufende Banknotenmenge noch erheblich gewachsen, und zwar ist in diesen beiden Jahren die Zunahme größer als in den vorhergehenden. Dies ist um so bemerkenswerter, als jedenfalls seit dem letzten Vierteljahr 1930 die Lebenshaltungskosten und Großhandelspreise in Frankreich zurückgegangen sind.

Um den Ursachen für diese Steigerung des Banknotenumlaufes auf den Grund gehen zu können, ist es wichtig, die Veränderungen in der Menge der kleinen Noten mit denen in der Menge der großen Noten zu vergleichen. Dazu dient die folgende Tabelle:

Umlaufende Banknoten (in Milliarden Francs).			
Jahresende	Banknoten von 500 Frs. u. 1000 Frs.	Banknoten von 100 Frs. u. weniger	Insgesamt
1926	26,2	26,2	52,4
1927	29,3	27,0	56,3
1928	33,8	28,4	62,2
1929	37,7	30,1	67,8
1930	44,6	31,6	76,2
1931	52,6	30,9	83,5

Die Menge der großen Banknoten hat also viel rascher zugenommen als die der kleinen. Im Jahre 1931, bei fallendem Preisstand, nimmt die Menge der Banknoten von nicht mehr als 100 Francs sogar ab, während die der großen Banknoten eine beträchtlichere Zunahme zeigt als in irgend einem anderen Jahre (und zwar erst von Oktober 1931 ab). Die großen Massen der Konsumenten kaufen nun im allgemeinen mit Banknoten von höchstens 100 Francs. 1931 ist der Lebenshaltungsindex von 649 auf 561 gefallen. Die Arbeitslosigkeit hat erheblich zugenommen. Es ist also klar, daß die Zahl der Banknoten, die den Käufermassen zu ihren täglichen Einkäufen dienen, geringer sein mußte als in den Vorjahren. Damit ist die Abnahme in der Zahl der kleinen Banknoten vollauf erklärt.

Die Banknoten von 500 Francs und 1000 Francs dienen dagegen fast nie als Zahlungsmittel für den täglichen Konsum. Es ist zwar richtig, daß in Frankreich der bargeldlose Verkehr noch wenig verbreitet ist, so daß auch manche Zahlungen im Großhandel in Banknoten geleistet werden. Aber der Umsatz im Großhandel hat 1930 nicht erheblich zugenommen. 1931 hat er sogar abgenommen. Es ist ferner richtig, daß die vom Staat gegebenen Subventionen im Jahre 1931 besonders groß waren, so daß auch auf diese Weise eine Anzahl großer Banknoten in Verkehr gelangt sind. Doch reicht dies nicht zur Erklärung des großen Zuwachses der Zahl der ausgegebenen Banknoten von 500 und 1000 Francs aus. Es muß daher gefolgert werden, daß ein großer Prozentsatz dieser Banknoten im Inlande oder Auslande gehamstert wird. Dies wird von dem Direktor der Bank von Frankreich im Jahresbericht für 1931 bestätigt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die *Hamsterung von großen Banknoten* eines der wesentlichen Kennzeichen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Frankreich ist.

Der Pariser „Peuple“ meint, diese Hamsterung könne nicht andauern, und die großen Banknoten würden zwangswise aus ihren Verstecken hervorkommen („Peuple“ Nr. 4086, vom 5. März 1932). Dann würden zwar die Preise steigen, aber die Arbeitslosigkeit werde abnehmen, was immerhin für das französische Proletariat ein Gutes habe. Wir sind nicht geneigt, diesen Optimismus des „Peuple“ unter allen Umständen zu teilen. Nicht nur bleiben bei einer Preissteigerung die Löhne im allgemeinen hinter den Preisen zurück. Viel hängt hier auch von der Ursache ab, aus der die gehamsterten Banknoten ihr Versteck verlassen. Wenn zum Beispiel die französischen Sparer das Vertrauen zu der französischen Währung verlieren und aus diesem Grunde die Banknoten in den Verkehr bringen, so besteht die Gefahr einer panikartigen Flucht in die Sachwerte, durch die eine Regierung ohne solide finanzielle Grundsätze leicht in eine Politik hemmungsloser Inflation getrieben werden kann. Ob eine solche Entwicklung wahrscheinlich ist, werden wir demnächst untersuchen.

Die Handelsbilanz.

Seit einer Reihe von Jahren ist die französische Handelsbilanz passiv: der Wert der Wareneinfuhr war 1930 rund 9,7 Milliarden Francs höher als der der Warenausfuhr. Für 1931 beträgt der Einfuhrüberschuß sogar 11,8 Milliarden. Dabei hat 1931 die Einfuhr um mehr als 10 Milliarden gegenüber 1930 abgenommen, die Ausfuhr um mehr als 12 Milliarden. Das sind Verringerungen über 20 Prozent, die ein Anzeichen dafür sind, daß auch Frankreich in hohem Maße von der Stockung des internationalen Handels betroffen wird.

In einem sehr interessanten Aufsatz weist der „Temps“ darauf hin, daß die *Passivität* der Handelsbilanz keineswegs ein schlechtes Zeichen für die Wirtschaft eines Landes zu sein braucht („Reiche Völker können es sich leisten, im Auslande mehr zu kaufen, als sie dorthin verkaufen“), daß aber der *Rückgang des Gesamthandels* ein bedenkliches Zeichen ist. Der „Temps“ findet in diesem Aufsatz sehr scharfe Worte gegen die politi-

schen Maßnahmen, die zu einer immer weitergehenden Beschränkung des Welthandels führen, und gegen die Versuche, die Krise durch Maßnahmen, wie Erhöhung der Zölle, Staatseingriffe in das Bankwesen, künstlich überwinden zu wollen.

„Ein Gesetz des Ausgleichs regelt den internationalen Tausch. Die Bewegungen der Preise und Wechselkurse streben immer wieder in das Gleichgewicht zurück, das gestört wird. Aber damit dieser Mechanismus wirksam sei, muß er frei spielen können. Heute wird er gestört durch die Schutzmaßnahmen, mit denen verschiedene Staaten seit dem Weltkrieg Mißbrauch getrieben haben. Die Schutzzölle vergrößern die Spannen der Preisschwankungen, und, was noch schwerer wiegt: die Geldmanipulationen und die politischen Eingriffe in das Gebiet der Wechselkurse und Kredite legen den Handel und den Zahlungsverkehr zwischen den Völkern lahm. Unter diesen Umständen ließe sich eine Erklärung finden für vorübergehende Verteidigungsmaßnahmen wie die Kontingentierungen (Einfuhrbeschränkungen). Aber dieses Heilmittel wäre noch schlimmer als das Uebel, wenn es dazu führte, unseren Außenhandel noch weiter zu beschränken... Diese Schutzmaßnahmen dürfen keinen andern Zweck haben, als unserer Industrie eine Frist zu geben, sich an die Bedingungen des Marktes anzupassen. Wenn sie statt dessen der Industrie eine Gelegenheit bieten, dieser Anpassung aus dem Wege zu gehen, so sind sie schlimmer als die ausländische Konkurrenz... Die Krise kann nicht auf die Dauer durch künstliche und trügerische Protektion überwunden werden, sondern durch die freie und beständige Bestrebung, sich anzupassen.“ („Temps“, vom 3. März.)

Wir müssen es uns hier versagen, auf diesen Aufsatz des „Temps“ näher einzugehen und ausführlich zu besprechen, wie der „Temps“ sich diese Anpassung denkt, die gemäß jenem Aufsatz vor allen Dingen in der Senkung der Verkaufspreise bestehen soll. Wir sind weit davon entfernt, diese, für den „Temps“, die Zeitung des Verbandes der Eisenindustriellen, sehr bemerkenswerte Auffassung in Bausch und Bogen zu verdammen. Aber was in den zitierten Sätzen als eine mögliche Folge der Kontingentierungen hingestellt wird, ist in Frankreich heute Wirklichkeit. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Anfang 1932 der französische Außenhandel weiter zurückgeht: Die Einfuhr betrug im Januar und Februar 1932 nur 2,3 und 2,4 Milliarden Francs, gegenüber 2,8 Milliarden im Dezember 1931, die Ausfuhr je 1,8 Milliarden gegenüber 2,1 Milliarden Francs. Dieser *erhebliche Rückgang des französischen Außenhandels* bei Passivität der Handelsbilanz ist ein zweites wichtiges Kennzeichen der wirtschaftlichen Lage in Frankreich.

Die Zahlungsbilanz.

Trotz der Passivität der Handelsbilanz war die französische Zahlungsbilanz in den letztvergangenen

Jahren aktiv. Dies war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß Fremde (besonders Amerikaner und Engländer) viel Geld in Frankreich ausgaben, und daß die Zinsen der im Auslande angelegten französischen Kapitalien nach Frankreich zurückflossen.

Im Jahre 1931 haben sich die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erheblich verringert und werden wahrscheinlich noch weiter zusammenschrumpfen. Viele ausländischen Arbeiter haben Frankreich 1931 verlassen und ihre Ersparnisse mit sich genommen. Auch diese Rückwanderung dauert noch an. Dies sind zwei Gründe dafür, daß die Zahlungsbilanz für Frankreich ungünstiger wird, zumal diese Umstände nicht wett gemacht werden durch die geringe Abnahme des Einfuhrüberschusses seit Anfang 1932.

Bei den 1931 eingeführten Kapitalien handelt es sich nicht nur um Zinsen, sondern auch um den Rückstrom, die „Repatriation“, der im Ausland angelegten Kapitalien. Dazu kommt noch eine nicht unerhebliche Menge von fremden Kapitalien, die sich wegen der Weltwirtschaftskrise nach Frankreich geflüchtet haben. In diesen Bewegungen liegt die Ursache dafür, daß die Goldbestände der Bank von Frankreich im Jahre 1931 um nahezu 15 Millionen zugenommen haben. Die Kapitaleinfuhr dauerte aber nicht in dem bisherigen Maß an. Denn einerseits ist die „Repatriation“ der Kapitalien aus den Ländern mit schlechten Finanzen fast beendet, andererseits zeigen die Kapitalien, die sich nach Frankreich geflüchtet haben, eher eine Neigung, nunmehr nach London weiterzufließen. Der Posten „Kapitaleinfuhr“ wird in der Zukunft sicher viel niedrigere Zahlen aufweisen.

Während also die Passivseite der französischen Zahlungsbilanz vielleicht eine geringe Abnahme bei zurückgehendem Einfuhrüberschuß zeigen wird, werden die Aktivposten der Einnahmen durch Fremdenverkehr und Kapitalrückstrom mit ziemlicher Sicherheit erheblich abnehmen. Die Zahlungsbilanz ändert sich zu Ungunsten Frankreichs und kann leicht negativ werden.

Bisher sind die Zahlungen ins Ausland entweder in großen französischen Banknoten geleistet worden (die in manchen Ländern sehr stark nachgefragt werden) oder in Devisen. Die Bank von Frankreich hat in den letztvergangenen Jahren ihren Devisenbestand absichtlich verringert, 1931 um etwas über 3 Milliarden Francs. Dagegen sind die Zahlungen in umgekehrter Richtung im allgemeinen in Gold erfolgt. Sollte die Zahlungsbilanz negativ werden, so wird zweifellos Gold wieder abströmen.

Überwinden oder Überdauern?

Der Handelsredakteur des „Berliner Tageblatts“, Dr. FELIX PINNER, nimmt unter dieser Überschrift in der Sonntags-Ausgabe seiner Zeitung (Nr. 158, vom 3. April) Stellung zur Notverordnung vom 8. Dezember. Er stellt ihr das Zeugnis aus: „Konjunkturpolitischer Mißerfolg“. — Währungsexperimente und Autarkie-Pläne lehnt er ab. — So weit gut!

Leider schätzt er die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik überhaupt sehr gering ein. Einem „beschränkten Arbeitsbeschaffungsprogramm“ spricht er eine „beschränkte Nützlichkeitswirkung“ zu. „Alles, was wir im Inland zur Zeit tun können, hat also sehr wenig mit grundsätzlicher Krisenüberwindung gemein, solange die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage nicht den Boden für eine allgemeine Krisenüberwindung vorbereitet hat.“

Pinner fordert Arbeitsstreckung. Aber warum?

Für die Zwischenzeit empfiehlt PINNER die Verkürzung der Arbeitszeit. Er hinkt damit nicht weniger als 18 Monate hinter dem ADGB her, der bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der Vierzig-Stunden-Woche gefordert hat. Da im Durchschnitt in der deutschen Industrie bereits nur noch 6½ Stunden täglich gearbeitet wird, geht PINNERS Forderung weiter: Er verlangt den Sechsstundentag oder die Sechsendreißig-Stunden-Woche. Da immerhin Ende Februar noch ein Drittel der Arbeiter (nach der Statistik des ADGB) volle acht Stunden arbeitete, erhofft PINNER von der Einführung der Sechsendreißig-Stunden-Woche die Einreihung von 1 Million Arbeitern in den Produktionsprozeß.

PINNER verspricht sich davon vor allem: Eine Minderung der politischen Gefahren, die er mit Recht in dem Anwachsen der Arbeitslosenziffer sieht; ferner: — und das ist wohl ein Hauptgrund für seinen Vorschlag! — eine Entlastung der öffentlichen Kassen.

Entspannung der Lage. Auf wessen Kosten?

Damit die politische Lage sich entspannt und öffentliche Kassen vor der Pleite bewahrt bleiben, sollen also ausgerechnet die Arbeiter den Leibriemen noch enger schnallen! Sie sollen zur Kürzung des Stundenlohnes eine Kürzung der Arbeitszeit ohne irgendeinen Lohnausgleich hinnehmen.

Kommt Herr Pinner eigentlich gar nicht der Gedanke, daß in der deutschen Wirtschaft noch andere Reserven vorhanden sind, als die Fähigkeit der deutschen Arbeiter im Hungern?

Wir haben diese Reserven im „Funken“, Nr. 42, beschrieben: Um den Preis des Bankrotts von Schwerindustriellen können Eisen und Kohle verbilligt werden. Um den Preis des Bankrotts von Großgrundbesitzern können Brot und Futtermittel verbilligt werden. Weitere Reserven enthält der Wehretat. Wenn diese Reserven und außerdem die Reservearmee der Arbeitslosen richtig eingesetzt werden, dann kann die Krise überwunden werden. Den Plan dazu haben wir in unserer Broschüre entwickelt: „Der Kampf

gegen die Arbeitslosigkeit“. Daß dieser Plan nicht durchführbar ist, hat uns noch niemand nachgewiesen.

Unser Plan bedeutet freilich eine grundsätzliche Schwenkung der Wirtschaftspolitik. Ohne diese Schwenkung kann die deutsche Bevölkerung die Krise wahrscheinlich nicht einmal überdauern. Durch eine Schwenkung der Wirtschaftspolitik ist es möglich, die Krise zu überwinden.

Wir glauben nicht, daß Dr. PINNER von Schwerindustriellen, Großgrundbesitzern oder gar dem Reichwehraminister persönlich abhängig ist. Wir fragen ihn daher, warum er von sich aus alles tut, was er als Redakteur tun kann, damit die deutsche Wirtschaft die Krise nicht überdauert, geschweige denn überwindet?

Hellmut Rauschenplat.

FRANKREICH

Amerikanischer Protest gegen die Kontingentierung der Maschineneinfuhr: Die amerikanische Handelskammer in Paris wendet sich in einem Protestschreiben an den französischen Handelsminister dagegen, daß die amerikanische Maschineneinfuhr nach Frankreich um 50 Prozent gekürzt wurde, ohne die amerikanischen Exporteure auch nur zu hören, während in den meisten anderen Fällen die Kontingente mit den betroffenen Ländern vereinbart worden seien.

Französische Dollarguthaben: Die Bank von Frankreich beginnt, Abzüge von ihrem New Yorker Dollarguthaben vorzunehmen. Das Guthaben beträgt zur Zeit noch etwa 750 Millionen Dollar (über 3 Milliarden Mark). Die Dollarbeträge werden überraschender Weise nicht in Francs, sondern in englische Pfunde umgewandelt. Will Frankreich sich ein neues, politisches Druckmittel gegenüber England verschaffen?

Stahlerzeugung: Die Roheisenerzeugung stieg von 410 000 Tonnen im Januar auf 461 000 Tonnen im Februar. Die Rohstahlerzeugung sank von 469 000 Tonnen im Januar auf 464 000 Tonnen im Februar; im Februar 1931 waren es fast 700 000 Tonnen.

UNGARN

Subventionen für die Landwirtschaft: An Stelle der bisherigen Getreideproduktionsprämien soll nach einem Plan des ungarischen Ackerbauministers in Zukunft eine Subventionierung der Landwirtschaft im allgemeinen treten. Die ungarischen Kunstdüngerfabriken haben vorgeschlagen, daß den Landwirten die Subventionen zum Teil in Form von Kunstdünger gegeben werden. Also: Subventionierung der Kunstdüngerfabriken.

SCHWEDEN

Eisenerzverschiffung: im März 158 000 Tonnen, ungefähr so viel wie im Februar. — Im ersten Vierteljahr 1932 wurden insgesamt 468 000 Tonnen Eisenerz verschifft, das sind 50 Prozent weniger als im ersten Vierteljahr 1931, und 75 Prozent weniger als im ersten Vierteljahr 1930